



Protokoll der Generalsekretärenkonferenz

Sitzungsdatum:

28.06.2013

Gäste:

A. Kellerhals, Direktor BAR (Traktandum 5)

Traktanden der Generalsekretärenkonferenz vom Freitag, 28. Juni 2013

Termin	Traktanden	Federführung
28. Juni 2013	Ordentliche Sitzung der GSK (Freitag)	
5. 10:50 (A; 40')	Single Point of Orientation(<i>Beilagen 5.0 – 5.4</i>)	EDI

Beilagen:

- Beilage 5.0: Deckblatt Single Point of Orientation: WTO-Ausschreibung, Entscheid weiteres Vorgehen
- Beilage 5.1: Kurzbericht über den Abschluss der Arbeiten
- Beilage 5.2: Antworten auf zehn Grundsatzfragen in der GSK vom 26. Oktober 2012
- Beilage 5.3: Darstellung der Grundsatzfragen im IDA
- Beilage 5.4: Gutachten BJ - Bases légales pour un registre central „single point of orientation“

5. Single Point of Orientation: WTO-Ausschreibung; weiteres Vorgehen

ReferentInnen:

A. Kellerhals, Direktor BAR.

Die technischen Voraussetzungen des Projekts SPO sind inzwischen soweit vorangeschritten, dass eine WTO-Ausschreibung eröffnet werden könnte. Das Projekt ist nach wie vor umstritten. Es bestehen immer noch Differenzen zu Grundsatzfragen, weshalb entschieden werden muss, ob die WTO-Ausschreibung tatsächlich vorgenommen oder aber das Projekt abgebrochen werden soll. Es zeigt sich schnell, dass insbesondere die enge Bindung von SPO an GEVER sowie die Tatsache, dass GEVER noch nicht in allen Departementen eingeführt worden ist, eine baldige Umsetzung von SPO in Frage stellen. Auch die kaum abzuschätzenden Kosten, welche mit einer allfälligen Einführung von SPO auf die Bundesverwaltung zukommen könnten, führen zu einer gewissen Zurückhaltung. Gerechnet werden muss mit zusätzlichen, einmaligen IT-Kosten für die Anpassung der departementalen GEVER-Systeme sowie für wiederkehrende Betriebskosten und insbesondere mit zusätzlichen Stellenprozenten für die Wahrnehmung der Aufgaben. Befürchtet wird zudem, dass durch SPO die Gesuchzahl rasant ansteigen und der damit verursachte Aufwand die Bundesverwaltung lahmlegen könnte. Trotz einer kritischen Grundhaltung der GSK ist auch eine gewisse Akzeptanz spürbar. Zwecks Eruiierung dieser zusätzlich erforderlichen Ressourcen sollen die Departemente und die BK dem EDI bis Mitte Juli berichten, wie hoch diese ausfallen werden. Im Rahmen einer Kompromisslösung soll der Bundesrat mittels Aussprachepapier über den Stand des Projektes sowie über den Mehrbedarf an Ressourcen bei einer allfälligen Umsetzung von SPO informiert werden.

Entscheid:

- (...)
- (...)
- Die Departemente und die BK melden dem GS-EDI bis spätestens am 15. Juli 2013 den Ressourcenbedarf für eine allfällige Umsetzung von SPO.
- (...)